

BELARUS

Gewerkschaftsmonitor

April 2019

**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG

POLITISCHE, WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE RAHMENBEDINGUNGEN

POLITISCHE ENTWICKLUNG

Die Zeichen der politischen Entspannung in den Beziehungen zwischen Belarus und der EU halten weiter an. Wiederholt wurde Präsident Alexander Lukaschenko Ende 2018 zum Gipfel der Östlichen Partnerschaft eingeladen, auch wenn er sich am Ende nur von seinem Außenminister vertreten ließ. Erste Gespräche über ein neues Rahmenabkommen über die Beziehungen zwischen Belarus und der EU haben Fahrt aufgenommen. Am Ende könnte hier nicht nur ein neues Abkommen analog zum CEPA-Abkommen zwischen der EU und Armenien stehen – Armenien ist wie Belarus Mitglied der Eurasischen Wirtschaftsunion –, sondern auch die damit verbundene Frage eines möglichen WTO-Beitritts endlich positiv beschieden werden. Die Erweiterung der Visaliberalisierung für insgesamt 80 Staaten, darunter auch die EU-Länder, zeugt von der langsamen Öffnung des Landes.

Öffnung und Transparenz nach außen sowie eine zaghafte Liberalisierung der Wirtschaft gehen aber immer wieder einher mit der Angst vor Veränderungen und dem damit verbundenen hohen Potenzial sozialer Proteste, den darauffolgenden Repressionen sowie geringen Beteiligungschancen der Opposition am politischen Prozess. Freie Gewerkschaften und kritische Journalist_innen haben es in Belarus weiterhin schwer.

Die Kommunalwahlen im Februar 2018 waren ein Testlauf für die Präsidentschaftswahlen, die im Jahr 2019 oder 2020 stattfinden sollen. Keinen der 18.111 Wahlkreise konnte die Opposition für sich beanspruchen. Damit wurden die Hoffnungen enttäuscht, dass nach den Parlamentswahlen, in denen die Opposition immerhin zwei Parlamentssitze gewinnen konnte, weitere Schritte hin zur parlamentarischen Einbeziehung oppositioneller Kräfte vollzogen würden. Jedoch erfolgte im August 2018 eine umfangreiche Regierungsumbildung, nachdem eine Reihe von Korruptionsskandalen aufgedeckt worden war. Die neue Regierung ist die jüngste in der Geschichte Belarus mit dem als liberal geltenden Sergej Rumas an ihrer Spitze.

WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE LAGE

Große politische Reformen sind mit der neuen Regierung nicht zu erwarten. Zwar dürfte es bei der vorsichtigen Liberalisierung der Wirtschaftspolitik bleiben, jedoch soll vermieden werden, dass das auf sozialer Alimentierung basierende System dabei zu sehr ins Wanken gerät. Die Zukunft der Staatsbetriebe, die etwa 75 Prozent der Industrieproduktion ausmachen, bleibt dennoch eine offene Frage: Laut Angaben des Statistischen Amtes von Belarus arbeitet mehr als die Hälfte der Staatsbetriebe nicht rentabel und ist auf staatliche Stützen angewiesen. Mehr als 80 Prozent der Staatsbetriebe weisen zudem überfällige Verschuldungen auf. Dieser Wirtschaftsbereich war bislang nur aufgrund der stark subventionierten Energielieferungen aus Russland überlebensfähig – eine Einnahmequelle, die in den letzten Jahren abgenommen hat und stets von den guten politischen Beziehungen zum großen Nachbarn abhängig bleibt.

Präsident Alexander Lukaschenko scheint wenig neue Ideen zu haben, um seine Beliebtheit im Wahlvolk zu steigern. Der Wohlstand hat gegenüber dem Jahr der letzten Wahl (2015) nicht nennenswert zugenommen. Zwar stiegen die monatlichen Durchschnittslöhne von 412 US-Dollar auf 497 US-Dollar im Dezember 2017, die Inflation von 15,2 Prozent in den Jahren 2016 und 2017 sowie die steigenden kommunalen Abgaben und Tarife dürften dieses Plus aber längst wieder aufgezehrt haben. Trotz aller finanziellen Schwierigkeiten gelang es der belarussischen Regierung zuletzt, die nationale Währung zu stabilisieren, die Inflation deutlich zu bremsen, mehr Wirtschaftswachstum zu generieren und die Einkünfte der Bevölkerung real zu steigern. Makroökonomisch kann die Regierungsarbeit daher als durchaus erfolgreich betrachtet werden. Der objektive Indikator für die Herausforderungen des bestehenden Wirtschaftssystems ist jedoch eine rapide Zunahme der Außen- und Innenverschuldung von Belarus: von unter zehn Prozent des BIP 2006 auf über 40 Prozent im Jahr 2017. Dabei werden immer neue Schulden aufgenommen, um die alten zu refinanzieren.

Noch schwieriger gestaltet sich die Lage in den bilateralen Wirtschaftsbeziehungen, da sich die Bedingungen für Erdöl- und

ferungen aus Russland aller Voraussicht nach ändern werden. In Rahmen eines Steuermanövers in Russland werden die Exportzölle für Öl und Ölprodukte abgeschafft. Gleichzeitig wird jedoch die Steuer auf die Gewinnung von Öl und Erdgasflüssigkeit erhöht. Dadurch würde der Preis für Rohöl steigen und Minsk die Ausfuhrzölle, die bisher dem belarussischen Haushalt zugutekommen, verlieren. Diese verdeckten Subventionen belaufen sich monatlich auf mehrere Millionen US-Dollar. Nach Schätzungen des Finanzministeriums könnten die Einnahmen des belarussischen Haushalts in den nächsten fünf Jahren um 3,8 Prozent des BIP schrumpfen.

Ein weiteres Problemfeld stellen unterschiedliche Wettbewerbs- und Handelsbeschränkungen innerhalb der Eurasischen Wirtschaftsunion dar, wie ungleiche Arbeitsbedingungen für Transportunternehmen, Lieferverbote für Lebensmittel oder die Verdrängung belarussischer Maschinenbauindustrie aus dem russischen Markt durch die Subventionierung der russischen Konkurrenz.

Wie der IWF bei der letzten Beratungsrunde in Minsk betonte, weist die belarussische Wirtschaft nach wie vor Schwachstellen auf, etwa die Fixierung auf wenige Exportmärkte (60 Prozent des Außenhandels entfallen auf drei Partner; der russische Anteil beträgt allein 45 Prozent), eine weiterhin starke Dollarisierung und eine hohe Außenverschuldung. Die belarussische Wirtschaft wird praktisch in Höhe von bis zu zehn Prozent des BIP von Russland subventioniert.

Die aktuelle Parole, Belarus zu einem IT-Land zu machen, flößt den wenigen Betroffenen zwar Optimismus ein, erreicht aber weder die Arbeiter_innen, Landwirt_innen und Rentner_innen noch alle anderen, die eben nicht zu Programmierer_innen taugen, aber die traditionelle Wählerschaft Lukaschenkos ausmachen. Unter solchen Umständen einer »trostlosen« Autokratie kann jede mehr oder weniger frische politische Figur, die für andere Ideen als die offizielle Propaganda wirbt, eine Gefahr darstellen.

Vielleicht sind gerade darauf die Bemühungen des Regimes zurückzuführen, die Reste der ohnehin zersplitterten Opposition möglichst weit an den Rand zu drängen. Trotz aller Zeichen der Öffnung am Horizont bleibt das Fazit, dass sich Belarus zwar in der Wahrnehmung nach außen durch geänderte geopolitische Umstände verändert hat, nach innen jedoch im letzten Jahr erneut keine Fortschritte in der demokratischen Entwicklung verzeichnen konnte – mit wenig Aussichten, dass es in Zukunft besser wird. Im Juni 2018 wurde die Mediengesetzgebung erneut verschärft, anschließend gab es eine neue Repressionswelle gegen unabhängige Journalist_innen und Blogger_innen.

GEWERKSCHAFTSPOLITISCHER KONTEXT

Und auch die freien Gewerkschaften sahen sich neuen Repressionen gegenüber. Im August 2018 wurden der Vorsitzende sowie der Buchhalter der Gewerkschaft REP wegen schwerwiegender Steuerhinterziehung zu vier Jahren Freiheitsstrafe auf Bewährung, zu hohen Geldstrafen sowie zu einem Verbot

der Übernahme von öffentlichen Ämtern verurteilt. Den beiden hauptamtlichen Gewerkschaftern wird vorgeworfen, dass sie illegal Devisen auf ein litauisches Konto erhalten haben, wofür sie keine Steuern gezahlt hätten. Aufgrund der Schwierigkeit, ausländische Nichtregierungs- und Geberorganisationen in Belarus zu registrieren, weichen viele Organisationen auf die Nutzung ausländischer Bankkonten aus. Dies ist eine wichtige Einnahmequelle für die völlig unterfinanzierte Zivilgesellschaft in Belarus. Der Fall der Gewerkschaft REP lässt vermuten, dass den belarussischen Behörden ähnliche Informationen über andere zivilgesellschaftliche Organisationen vorliegen, die zu geeignetem Zeitpunkt gegen sie verwendet werden könnten.

GEWERKSCHAFTEN IN BELARUS – FAKTEN UND DATEN

HISTORISCHE ASPEKTE

Die unabhängige Gewerkschaftsbewegung in Belarus entstand im Zuge der Arbeiterbewegung der neunziger Jahre des letzten Jahrhunderts. Die staatlich kontrollierten Gewerkschaften als Nachfolgeorganisationen der sowjetischen Gewerkschaften hatten sich von ihrer primären Aufgabe als Vertreterin von Arbeitnehmerinteressen zurückgezogen. Vor diesem Hintergrund begannen Arbeiter in Industriebetrieben, sich zu Streikkomitees zusammenzuschließen, aus denen 1993 der Belarussische Kongress Demokratischer Gewerkschaften (BKDP) hervorging. Mit der Niederschlagung eines Streikes der Maschinisten der Metro von Minsk im Jahr 1995 begann ein Feldzug des Staates gegen die unabhängige Gewerkschaftsbewegung, der sowohl mit wirtschaftlichen Methoden als auch mit Verwaltungsmechanismen durchgeführt wurde. Im Jahr 2003 trat die BKDP dem Internationalen Gewerkschaftsbund (IGB) bei und wurde ein aktives Mitglied.

Das Gegenstück zur BKDP ist die Nachfolgeorganisation der sowjetischen Gewerkschaften: der Gewerkschaftsbund von Belarus (FPB). Gegründet wurde der FPB als nationales Gewerkschaftszentrum auf dem belarussischen XVII. Gewerkschaftskongress am 5. und 6. Oktober 1990. Dieser Gewerkschaftskongress wurde gleichzeitig zum ersten Kongress der neugegründeten FPB deklariert, wo dessen Charta verabschiedet wurde. Er ist damit Nachfolger des belarussischen republikanischen Gewerkschaftsrats.

Die ersten Vorsitzenden des nationalen Gewerkschaftszentrums V.I. Goncharik (1986–2001) und F.P. Vitko (2001–2002) wurden noch von den Gewerkschaftsorganisationen des Gewerkschaftszentrums gewählt, seit 2002 wurden die Wahlen jedoch praktisch durch die Ernennung des FPB-Leiters durch die Präsidialverwaltung ersetzt (L.P. Kozik (2002–2014)). Seit dem Jahr 2014 steht M. Orda dem FPB vor.

DIE GEWERKSCHAFTSLANDSCHAFT

Derzeit sind unabhängige Gewerkschaften im Land durch den belarussischen Kongress der Demokratischen Gewerk-

schaften (BKDP) vertreten, der sich aus folgenden Einzelorganisationen zusammensetzt: Belarussische Unabhängige Gewerkschaft (BNP) mit 6500 Mitgliedern, Belarussische Freie Gewerkschaft (SPB) mit 670 Mitgliedern, Freie Gewerkschaft der Metallarbeiter (SPM) mit 630 Mitgliedern sowie die Belarussische Gewerkschaft der Radioelektronischen Industrie (REP) mit 1200 Mitgliedern. Die einzelnen Gewerkschaften repräsentieren dabei verschiedene Industriezweige. BNP steht für die Chemie- und Bergbaubeschäftigten («Kalisalz»), die SPB allein für die Chemieindustrie, SPM vertritt den Maschinenbausektor. REP hingegen ist ein eher territorial organisierter Zusammenschluss, der sich aus Vertreter_innen mehrerer Berufsfelder innerhalb der jeweiligen Regionen zusammensetzt.

Der Gewerkschaftsbund von Belarus (FPB) vereint 18 branchenspezifische Gewerkschaften, sechs Gewerkschaften für die Oblaste inklusive einer für die Stadt Minsk sowie 137 Bezirks- und Stadtverbände der Gewerkschaften. Die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder beträgt insgesamt mehr als vier Millionen Menschen.

ARBEITSBEDINGUNGEN DER GEWERKSCHAFTEN

Die Situation in Belarus ist im Hinblick auf die Rechte unabhängiger Gewerkschaften nach wie vor sehr schwierig. Neun von zwölf grundlegenden Empfehlungen der ILO, die 2004 für Belarus entwickelt wurden, bleiben unerfüllt.

Insbesondere weigern sich die Behörden, bestehende Anordnungen oder Präsidialdekrete aufzuheben oder zu ändern, welche die Gründung und Registrierung von neu geschaffenen unabhängigen Gewerkschaften verhindern, die Beteiligung unabhängiger Gewerkschaften an Tarifverhandlungen in Unternehmen einschränken, die Organisation und Durchführung von Streiks, friedlichen Demonstrationen und Versammlungen verbieten sowie den Empfang und die Nutzung von Unterstützung ausländischer Gewerkschaften und internationaler Organisationen für gesetzliche Gewerkschaftsaktivitäten nicht zulassen.

In Anbetracht dessen, dass etwa 90 Prozent der Arbeitsverträge befristet sind, kann ein Arbeitgeber Gewerkschaftsmitglie-

Tabelle 1
Die wichtigsten gewerkschaftlichen Dachverbände des Landes

| Bezeichnung | Vorsitz | Mitgliederzahl | Internationale Mitgliedschaften |
|---|---------------------|----------------|--|
| Gewerkschaftsbund »Belarussischer Kongress demokratischer Gewerkschaften« (Trade Union Association Belarusian Congress Of Democratic Trade Unions, BKDP) [unabhängig] | Aleksandr Yaroschuk | 9.000 | ITUC (International Trade Union Confederation) |
| Gewerkschaftsbund von Belarus (Federation of Trade Unions of Belarus, FPB) [staatsnah] | Michail Orda | Ca. 4.000.000 | GCTU (General Confederation of Trade Union) |

Tabelle 2
Die wichtigsten Branchen- bzw. Einzelgewerkschaften des Landes

| Bezeichnung / Branche | Mitgliederzahl | Vorsitz | Internationale Mitgliedschaften | Branche |
|---|----------------|----------------------|---------------------------------|--|
| Belarussische Unabhängige Gewerkschaft (Belarusian Independent Union, BNP) | 6.500 | Nikolaj Zimin | IndustriAll, ITF, IUF | Petrochemie, Bergbau, Transport |
| Belarussische Freie Gewerkschaft (Belarusian Free Trade Union, SPB) | 670 | Nikolaj Scharach | – | Energie, Chemie, Maschinenbau |
| Freie Gewerkschaft der Metallarbeiter (Free Metalworkers' Union, SPM) | 630 | Alexander Buchwostow | IndustriAll | Metallbearbeitung, Maschinenbau |
| Belarussische Gewerkschaft der Radioelektronischen Industrie (Belarusian trade Union of workers of radio electronic industry, REP) | 1.200 | Zinaida Mikhnyuk | IndustriAll | Radioelektronik u. a. (nicht branchenspezifisch) |

der bei der Verlängerung ihrer Arbeitsverträge unter Druck setzen und den Austritt aus der unabhängigen Gewerkschaft verlangen und zusätzlich eine Reihe anderer Beschränkungen hinzufügen. Dies verhindert u. a. die Ausbreitung unabhängiger Gewerkschaften. Bei der Umsetzung der grundlegenden ILO-Übereinkommen 87 und 98 bleiben seit über 14 Jahren sichtbare Fortschritte aus. Gleichzeitig ist Straffreiheit bei der Verletzung von Arbeitnehmerrechten in Belarus Ursache für die Nichtbeachtung weiterer grundlegender ILO-Konventionen, wie beispielsweise der Konventionen 29 und 105 zur Zwangsarbeit.

Der Gewerkschaftsbund von Belarus (FPB) ist klar regierungsnah. Seine ersten Vorsitzenden, V.I. Goncharik (1986–2001) und F.P. Vitko (2001–2002) wurden noch durch Wahl bestimmt, seit 2002 wurde diese allerdings praktisch ersetzt durch die Ernennung von Seiten der Präsidentschaft (L.P. Kozik (2002–2014), M. Orda (ab 2014)).

Einzelne Gewerkschaften innerhalb des Zusammenschlusses der FPB haben zaghaft begonnen, ihre Strukturen zu modernisieren und versuchen vorsichtig, eine im Vergleich zur Mutterorganisation alternative Haltung zu einigen Fragen einzunehmen. In diesem Zusammenhang ist insbesondere die Belarussische Gewerkschaft der Chemie-, Bergbau- und Erdölindustrie (Belkhimprof) zu nennen. Zum jetzigen Zeitpunkt kann jedoch keine der Gewerkschaften der FPB für sich beanspruchen, eine vollständig unabhängige Gewerkschaftspolitik zu verfolgen.

GEWERKSCHAFTEN UND IHRE Kernaufgaben

De jure können Gewerkschaften an Tarifverhandlungen teilnehmen, ihre Positionen in das dreiseitige allgemeine Abkommen einbringen, Rechtsbeistand für ihre Mitglieder leisten, die Einhaltung der Rechte von Arbeitnehmer_innen und Gewerkschaften überwachen und frei für eine Mitgliedschaft in der Gewerkschaft werben. De facto nehmen die Gewerkschaften diese Aufgaben – wenn überhaupt – nur ansatzweise wahr. Die staatsnahen Gewerkschaften entwickeln praktisch keine selbständige Initiative und gelten als verlängerter Arm der Regierung. Sie sind mit wenigen Ausnahmen international isoliert und verfügen kaum über qualifiziertes Wissen, um im Prozess der wirtschaftlichen Restrukturierung und Privatisierung die Interessen der Arbeiterschaft vertreten zu können.

Eine Ausnahme bildet die FPB-Gewerkschaft Belkhimprof, die als Transformations- und Modernisierungswillige Organisation und Mitglied von IndustriALL versucht, ihre Strukturen so zu reformieren, dass sie den sich verändernden wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen gerecht werden kann. Gleichzeitig müssen diese Reformen behutsam angegangen werden, um keinen Konflikt mit der Regierung zu riskieren.

Auch die stärksten Gewerkschaften innerhalb der BKDP versuchen ihre Aufgaben wenigstens ansatzweise wahrzunehmen. Die Gewerkschaft REP verfügt über ein gut ausgebautes Netz an Jurist_innen und kann dadurch Rechtsberatung für Mitglieder aus dem Arbeits- und Sozialbereich anbieten.

In einer vergleichsweise guten Ausgangsposition befindet sich auch die Gewerkschaft BNP dank der relativ hohen Mitgliederzahl im Kalibergbauunternehmen »Belaruskali«. Aus diesem Grund nehmen deren Vertreter_innen aktiv an Tarifverhandlungen teil und wirken an der Gestaltung von Tarifverträgen mit. Die übrigen Gewerkschaften des BKDP sind in den meisten Fällen von den konkreten Verhandlungen ausgeschlossen und lediglich bei der Unterzeichnung der Tarifverträge involviert.

Die Gewerkschaften des unabhängigen Spektrums sind in ihrem Handlungsspielraum durch Druck von staatlicher Seite erheblich eingeschränkt. Ihre Aktivitäten sind daher vor allem auf die Gewinnung neuer Mitglieder gerichtet. Daher werden interne Prozesse zur Modernisierung, verbesserten Informationspolitik sowie der Entwicklung einer progressiven Jugend- und Genderpolitik nur langsam angestoßen.

GEWERKSCHAFTEN UND IHR (POLITISCHES) GEWICHT

Belarus bleibt seit dem 21. Juni 2007 wegen der permanenten Verletzung grundlegender Gewerkschaftsrechte von bestimmten EU-Handelspräferenzen ausgeschlossen. Die staatsnahen Gewerkschaften (FPB) kritisieren diese Beschränkungen aufgrund der negativen Auswirkungen auf die Beschäftigungssituation im Land. Fakt ist, dass der Preis für belarussische Exporterzeugnisse steigt und daher der Umfang von Exporten in die EU sinkt, die Rentabilität der Produktion abnimmt und neben dem konsequenten Abbau von Arbeitsplätzen in den jeweiligen Branchen ein Image-Verlust auftritt. Betroffen davon sind allerdings nur ca. 10 Prozent aller Exporte, überwiegend aus der Chemie- und Kalibranche, der Holz-, Textil- und Metallindustrie. Nach Expertenangaben belaufen sich die Einnahmeverluste auf 12 bis 50 Mio. US-Dollar pro Jahr. Daneben gibt es einen ebenfalls negativen Trend bei den ausländischen Direktinvestitionen.

Im Gegensatz zu ihrem staatsnahen Pendant positionieren sich die unabhängigen Gewerkschaften gegen eine Vergabe von EU-Handelspräferenzen an Belarus. Aus ihrer Sicht ist die Tatsache, dass Belarus nicht über eben diese Präferenzen verfügt und dadurch wirtschaftlich schlechter gestellt ist, ein starker Druckmechanismus auf die Regierung in Minsk, um den Status der Gewerkschaften im Land zu verbessern.

Da die beschriebenen Einbußen sich auf die belarussische Wirtschaft als Ganzes aber nicht merkbar kritisch auswirken, sind keine wesentlichen Maßnahmen von Regierungsseite zu erwarten. Vielmehr hält die Propaganda in den Staatsmedien an, die die Verantwortung für den Entzug der EU-Handelspräferenzen den demokratischen Gewerkschaften anzukreiden versucht. Die durchgeführten punktuellen Verbesserungen in Bezug auf die Situation der Beschäftigten sind daher als ein kleines Zeichen zu sehen, dass Minsk Kritik und Empfehlungen nicht völlig ignoriert, sondern zum Dialog bereit ist.

Mehr als 90 Prozent aller Arbeitsverträge sind in Belarus befristet (davon ca. 40 Prozent auf nur ein Jahr). Auf diese Weise

wird die Rechtslage von Arbeitnehmer_innen wesentlich verschlechtert und ihre Ausbeutung verstärkt.

Das staatlich-administrative Verwaltungssystem dominiert weiterhin die Betriebe. ILO-Vertreter_innen werfen der Regierung in Minsk seit langem »Kommandowirtschaft« vor, da noch immer ca. 65 Prozent der belarussischen Wirtschaft in staatlicher Hand sind. Damit besitzt der Staat direkte Durchgriffs- und Einwirkungsmöglichkeiten auf die dort tätige Arbeitnehmerschaft.

Die Gewerkschaften (FPB als Dachverband staatsnaher Gewerkschaften (10 von 11 Plätze) und Unabhängige Gewerkschaften im BKDP-Zusammenschluss (einer von 11 Plätzen)) sowie Regierungs- und Arbeitgebervertreter (je 11 Plätze) nehmen am tripartistisch aufgebauten Nationalen Sozial- und Arbeitsrat teil, der das Allgemeine Abkommen zwischen Regierung, Gewerkschaften und Unternehmern entwickelt und verabschiedet. Dieses Abkommen ist Basis der weiteren Ausgestaltung von Tarif- und Kollektivverträgen, für die es Mindeststandards festlegt. Es gilt jeweils für drei Jahre (im aktuellen Fall 01.01.2019–31.12.2021) und umfasst die folgenden sechs Bereiche: Wirtschaftspolitik, Einkommen, Löhne und Lebensstandard, Sozialschutz und soziale Garantien, Arbeitsmarkt und Beschäftigung, Arbeitsschutz sowie soziale Partnerschaft. Eine wichtige Funktion des Abkommens ist auch, dass es Vertreter_innen der Regierung, der Arbeitgeber sowie der Arbeitnehmerseite die Möglichkeit eröffnet, im Rahmen des Nationalen Sozial- und Arbeitsrates regelmäßig den Fortschritt bei der Umsetzung der Maßnahmen zu besprechen. Somit fördert es den Dialog zwischen den drei Parteien.

Sowohl der BKDP als auch die FPB sind weiterhin im Rat zur Verbesserung der Gesetzgebung im Arbeits- und Sozialbereich des Ministeriums für Arbeit und Sozialschutz vertreten, um die Empfehlungen der ILO umzusetzen und Verletzungen der Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte in der Republik Belarus zu verhindern.

Im letzten Jahrzehnt hat das politische Gewicht der BKDP in der ILO erheblich zugenommen, da die BKDP jährlich im August Kommentare zur Umsetzung der von der Republik Belarus ratifizierten grundlegenden ILO-Übereinkommen an die ILO übermittelt. Diese Kommentare werden vom ILO-Sachverständigenkomitee bei der Vorbereitung des Gesamtberichts über die Anwendung des Übereinkommens durch die Mitgliedstaaten verwendet. Außerdem werden die Kommentare bei der Formulierung der Schlussfolgerungen gegenüber den Mitgliedsstaaten, die bestimmte Verstöße aufweisen, verwendet. Dieser Bericht wird auf der jährlichen Arbeitskonferenz in Genf diskutiert. Darüber hinaus informiert die BKDP die ILO regelmäßig über Verstöße gegen die Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte in Belarus sowie über Berichte von Diskriminierung. In Belarus wird keine einzige Veranstaltung mit Beteiligung der ILO ohne die Teilnahme der BKDP organisiert.

Der belarussische Kongress demokratischer Gewerkschaften nimmt aktiv an der nationalen belarussischen Plattform des Forums der Zivilgesellschaft der Östlichen Partnerschaft teil. Die BKDP ist in der Arbeitsgruppe fünf »Sozialer Dialog« vertreten.

KONTAKT

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Internationale
Politikanalyse | Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin

Verantwortlich:
Dr. Marc Meinardus
Gewerkschaftsprogramme Europa und Nordamerika
marc.meinardus@fes.de
www.fes.de/internationale-politikanalyse

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.